

Marc Bartuschka

„Unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken...“

**Die NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring“ (REIMAHG) und der
Zwangsarbeitereinsatz 1944/ 1945“**

Thesen zur gleichnamigen Dissertation

Die NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring“ (REIMAHG) war ein Phänomen der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges. Sie war damit Ergebnis der in den Thesen des Workshops „Mobilisierung im Nationalsozialismus“ vom 10./11. März 2010 genannten *Dritten Mobilisierungsphase* im Zuge des „totalen Krieges“. Man kann sogar konstatieren, dass das Vorhaben in seiner Durchführung darüber hinaus von der besonderen Handlungssituation des letzten Kriegsjahres beeinflusst wurde, die zu einer noch einmal gesteigerten Eskalation führte. Die verbrecherische Radikalität der bei der REIMAHG zu beobachtenden Mobilisierung wie auch die daraus resultierende hohe Sterblichkeit unter den deportierten Ausländern ähnelte mitunter eher den Zuständen in KZ-Bauvorhaben, was zumeist für „normale“ Zwangsarbeitervorhaben nicht typisch war.

Im Frühjahr 1944 gegründet, existierte die Betriebsgruppe lediglich etwa zwölf Monate. Die Initiative zum Aufbau des Unternehmens ging von Fritz Sauckel aus, der in Personalunion thüringischer Gauleiter, Reichsstatthalter, Reichsverteidigungskommissar und Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz war. Durch seine Funktionen war er einer der zentralen Sonderbevollmächtigten des „Dritten Reiches“. Das Ziel der REIMAHG war die unterirdische Verlagerung des Flugzeugwerkes AGO Oschersleben. Die Produktion der AGO, bis dahin ein mittelgroßes Werk, sollte nicht nur vor Luftangriffen geschützt, sondern auch massiv ausgeweitet werden. Produziert werden sollten zunächst konventionelle, später turbinengetriebene Jäger. Das Endziel war ein autonomer Fertigungsring der Flugzeugindustrie unter Schirmherrschaft der NS-Industriestiftung „Wilhelm Gustloff“, deren Vorsitzender Sauckel war. Vor allem im Walpersberg nahe der thüringischen Kleinstadt Kahla, in kleinerem Umfang auch bei den nahegelegenen Orten Krölpa und Kamsdorf, sollten praktisch aus dem Nichts unter Ausnutzung und erheblicher Erweiterung bereits bestehender Stollen umfangreiche bombensichere unterirdische oder verbunkerte Fertigungsanlagen und die zugehörige Infrastruktur aufgebaut werden. Binnen weniger Monate, zum Teil parallel mit dem Ausbau der Werke, sollte die Flugzeugproduktion anlaufen und im weiteren Verlauf um zusätzliche Fertigungsstätten für andere Produkte erweitert werden. Von Anfang an wurde der Einsatz einer großen Zahl von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen einkalkuliert.

Unablässig drängte die deutschen Rüstungsplaner auf die Beschleunigung des Bauvorhabens und den frühzeitigen Beginn der Produktion. Der dadurch entstehende Druck wurde erbarmungslos auf die ausländischen Zwangsarbeiter verlagert. Sie waren es, die „unter Zurückstellung aller möglichen Bedenken“ (so eine Anweisung Sauckels) Infrastruktur und Fertigungsanlagen aufbauen mussten. Etwa 14.500 bis 16.000 Ausländer wurden für das Hauptwerk und die Nebenwerke der REIMAHG mobilisiert. Bei fast allen handelte es sich um Zivildeportierte oder (bei etwa zehn bis fünfzehn Prozent) um Kriegsgefangene und Militärinternierte. Unter den Ausländern waren viele, die erst in dieser letzten Kriegsphase kurzfristig und unter erheblichem Gewalteininsatz verschleppt wurden. Dies betraf zum Beispiel italienische Zivildeportierte, die bei „Partisanenjagden“ oder der Durchkämmung des Hinterlandes nach Arbeitskräften gefangen genommen wurden, Überlebende des slowakischen und des Warschauer Aufstandes, sowie Opfer der gewaltsamen Räumungen beim deutschen Rückzug in Belarus. Ungeachtet frühzeitig bekannter schwerer Missetände bei Unterbringung, Ernährung und medizinischer Versorgung wurde die Zahl der Zwangsarbeiter in den Lagern der REIMAHG laufend erhöht. Bei geringfügigsten „Vergehen“ oder „ungenügenden“ Arbeitsleistungen wurden rücksichtslos die ohnehin geringen Rationen gekürzt, zusätzliche Strafarbeiten verhängt und vielfach auch physische Gewalt angewandt. Eine vollkommen unzureichende Versorgung, die sich laufend verschlechterte, die harte Arbeit, Übergriffe des Wachpersonals und schlechte hygienische Bedingungen in den übereilt aufgebauten Massenlagern führten zu einer großen Zahl von Kranken unter den Zwangsarbeitern. Die medizinische Behandlung erfolgte auf denkbar schlechtem Niveau und erfüllte vielfach die Kriterien eines gezielten Sterben-lassens. Kurz vor Kriegsende wurde ein Teil der Zwangsarbeiter unter Umständen „evakuiert“, die stellenweise Todesmärschen glichen. Die Gesamtzahl der ausländischen Todesopfer der REIMAHG in Folge der Zwangsarbeit und unmenschlichen Behandlung dürfte zwischen 2.000 und 3.000 liegen.

Die deutsche Belegschaft, wahrscheinlich zwischen weit über 3.000 und mehr als 4.000 Personen, darunter zahlreiche zum kurzfristigen Arbeitseinsatz abkommandierte Jugendliche, stellte lediglich etwa ein Viertel bis ein Drittel der Beschäftigten. Für ihre Aktivierung wurden vielfach ebenfalls auf Dienstverpflichtungen zurückgegriffen. Sie wurden binnen kürzester Zeit und in großer Zahl mobilisiert und unter zum Teil provisorischen Bedingungen untergebracht und versorgt. Doch auch wenn ein Teil der Deutschen nicht unbedingt freiwillig für die REIMAHG arbeitete, blieben sie bis zuletzt privilegiert. Zum Erhalt der „Volksgesundheit“ waren auch die leitenden Personen der REIMAHG bereit, Rücksicht auf

deutsche Jugendliche zu nehmen. Im Falle der Zwangsarbeiter kannte man solche Bedenken nicht. Im Umgang mit den Ausländern verwischten sich eigentlich NS-typische Unterschiede zwischen verschiedenen Nationalitäten wie etwa zwischen Westeuropäern und Osteuropäern vielfach. Unter den Umständen der forcierten Mobilisierung war die Zugehörigkeit zu einem „guten“ oder „schlechten“ Lager oder Arbeitskommando wichtiger als rassistische Kategorien.

Sowohl bei der Mobilisierung von Arbeitskräften wie bei der Bereitstellung von Baumaterialien erhielt das Vorhaben innerhalb Thüringens eine hohe Priorität. Dabei wurde stets die Gewährleistung einer zumindest lebenserhaltenden Unterbringung, Versorgung und Ernährung für die Ausländer als bestenfalls zweitrangig behandelt. Bei der REIMAHG wurde eine geringe Zahl von vorgefertigten Flugzeugen montiert und gestartet, der Aufbau des Werkes war auch bei Kriegsende noch nicht abgeschlossen. Die Mobilisierungsleistung mit dem Ziel der Verlängerung des deutschen Vernichtungskrieges, die von Anfang an unter dem Einsatz verbrecherischer Methoden erfolgte, war angesichts der Kriegslage in materieller und personeller Hinsicht beträchtlich, jedoch ist eine Beurteilung nach „neutralen Rationalitätskriterien“ über „Kosten und Nutzen“ angesichts der Ziele und Methoden des Vorhabens praktisch unmöglich.

Bemerkenswert bei der REIMAHG war, dass sie nicht nur von Anfang an auf eine Initiative einer Mittelinstanz zurückging, sondern auch die Baudurchführung selbst zum Großteil von regionalen Instanzen der NSDAP, des Gau-Apparates und der thüringischen Wirtschaft vorangetrieben wurde. Zentralstaatliche Akteure wie das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, das Reichswirtschaftsministerium, die Luftwaffe und die SS blieben überwiegend auf unterstützende Funktionen beschränkt und machten auf diesem Gebiet erhebliche Zugeständnisse. So lief die direkte Finanzierung überwiegend über die Thüringische Staatsbank, wurde jedoch von Reichsinstanzen großzügig abgesichert. Sowohl zentrale als auch regionale Akteure waren vielfach ausdrücklich bereit, im Sinne ihrer gemeinsamen Ziele für die Verlängerung des von Deutschland begonnenen Vernichtungskrieges zusammenzuarbeiten und Rivalitäten zurückzustellen, in erster Linie zugunsten der regionalen Akteure. Die Mobilisierung von Material und Menschen – diese überwiegend auf verbrecherischem Wege – erfolgte in großem Umfang durch Instanzen der mittleren Ebene. Diese übernahmen damit erhebliche *neustaatliche* Aufgaben, bei denen ihre Zuständigkeit auch von zentraler Seite akzeptiert wurde. Auftretende Kompetenzstreitigkeiten und Ressourcenkonkurrenzen wurden zumeist einvernehmlich und relativ zügig gelöst oder beiseite gestellt.

Zugleich war seitens der „Volksgemeinschaft“ auch ein gewisser Beitrag an Selbstmobilisierung in Übereinstimmung mit den Zielen des Regimes zu beobachten. Die Motive schwankten, sei es ideologische oder nationale Überzeugung, Gewinnstreben oder der Wunsch, die Tätigkeit beim Vorhaben in anderer Weise für eigene Zwecke zu nutzen (etwa, um einer Abkommandierung an die Front zu entgehen). Einwohner, darunter auch Jugendliche, waren nicht nur bei Hilfsarbeiten in großem Umfang beteiligt, sie spielten auch eine erhebliche Rolle bei der Überwachung und Drangsalierung der Zwangsarbeiter. Zugleich versuchten die intensiv eingebundenen Parteiorgane das Vorhaben in propagandistischer Weise zu nutzen, um der Bevölkerung noch bestehende militärische und rüstungswirtschaftliche Optionen des „Dritten Reiches“ zu suggerieren. Die Mobilisierung für bzw. auch durch die REIMAHG erfolgte so in mehreren Ebenen und durch verschiedene Akteure, ausschlaggebend waren jedoch vor allem der Gauapparat und die GBA-Behörde.